

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1991
Einzelplan 04 - Justizminister
- Drucksache 11/800 und 11/1250 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Friedrich Schreiber SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit den sich aus dem nachstehenden Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums - in der Sitzung am 16. Januar 1991 beraten und ihn am 6. März 1991 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P., bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

In die Beratungen des Ausschusses wurde die Vorlage des Justizministeriums mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 11/215) einschließlich des Anlagebandes "Personalbedarfsberechnungen" sowie eine Vorlage mit dem Gesamtüberblick über sächliche Ausgaben für Investitionen im Einzelplan 04 (Vorlage 11/214) mit einbezogen.

Mit in die Beratungen einbezogen wurde auch die Stellungnahme des Justizministers (Vorlage 11/262) zu Vorschlägen der deutschen Steuergewerkschaft zur Unterstützung der richterlichen Tätigkeit in der Finanzgerichtsbarkeit durch Beamte des gehobenen Dienstes. Zu diesen Ausführungen des Justizministers vom 4. Januar 1991 nahm die deutsche Steuergewerkschaft mit Schreiben vom 6. Februar 1991 (Zuschrift 11/449) Stellung. Als Beratungsunterlagen dienten auch verschiedene Schreiben des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e.V. Nordrhein-Westfalen vom 14. und 15. August 1990 mit den Haushaltsforderungen des Bundes zum Personalhaushalt 1991, die mit Schreiben vom 15. Oktober nochmals aktualisiert wurden; das Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft deutscher Bewährungshelfer vom 8. Oktober 1990 (Zuschrift 11/136) mit einer Darstellung der Belastung der Bewährungshilfe und entsprechenden Forderungen an den Haushaltsplan 1991; das Schreiben des Bundes deutscher Rechtspfleger, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vom 11. Juli 1990 (Zuschrift 11/354) mit Stellenanmeldungen zum Haushalt 1991 sowie ein Schreiben der Rechtsanwälte Heilmann, Düsseldorf vom 2. Juli 1990 (Zuschrift 11/61), in dem sie Bedenken gegen die Verzögerung der Erledigung von Rechtsstreitigkeiten erheben. Die Arbeitsgemeinschaft Justiz des Deutschen Beamtenbundes legte mit Schreiben vom 21. November 1990 ihre Forderungen zum Haushalt 1991 vor (Zuschrift 11/353). Die DAG forderte mit Schreiben vom 14. Januar 1991 (Zuschrift 11/382) eine sofortige Aufstockung des Personals. Weitere Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation gingen darüber hinaus dem Ausschuß bereits vor Einbringung des Haushaltsplans 91 von Seiten des Landesverbandes NW des deutschen Gerichtsvollzieherbundes und der Landesgruppe des deutschen Anwaltsvereins e.V. (Zuschrift 10/3415) ein. Auch die Landesvereinigung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes NW machte im Dezember 90 konkrete Vorschläge die bisherige Benachteiligung dieser Laufbahngruppe zu beenden.

B Einzelberatungen

1. Personaltitel - Anlage 1 -

Zu Antrag lfd. Nr. 1

Die antragstellende Fraktion hat zur Begründung ausgeführt:

Die Landesregierung hat am 5. Dezember 1989 bzw. 26. März 1990 das Landesprogramm "Intensivierung der Bekämpfung der Drogenkriminalität und der Drogensucht in NRW" sowie den "Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan" beschlossen. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse sieht der Haushaltsentwurf 1991 die Einrichtung von insgesamt 100 neuen Stellen vor, von denen 35 auf die Justiz entfallen.

Nach der Ergänzungsvorlage des Finanzministers zum Haushaltsentwurf 1991 sollen die der Bekämpfung der Drogenkriminalität und der Drogensucht dienenden neuen Stellen ersatzlos entfallen. Dies begegnet durchgreifenden humanitären sowie gesellschafts-, gesundheits-, sozial- und kriminalpolitischen Bedenken.

Die Umsetzung der in Aussicht genommenen Bekämpfungsprogramme duldet keine zeitliche Verzögerung. Die beantragte Stellenvermehrung ist deshalb unverzichtbar.

Die Fraktion DIE GRÜNEN lehnte den Antrag ab, weil nach ihrer Meinung der falsche Weg insofern beschritten wird, als das Programm mehr repressive Aktionen als wirklich notwendige Hilfen vorsieht.

Zu Antrag lfd. Nr. 3

Hierzu wurde begründend ausgeführt:

Die zusätzlichen Stellen dienen zum teilweisen Abbau der Unterbesetzung beim gehobenen Justizdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Zu Antrag lfd. Nr. 4

Die SPD-Fraktion führte zur Begründung aus:

Die Justiz sei ohne die beantragte Stellenvermehrung außerstande, die stark angestiegenen und weiter ansteigenden Eingänge in Asylsachen zu verkraften.

Dazu folgende Vergleichszahlen 1989:1990 (jeweils Jahresende):

- Anstieg der Antragsverfahren in NRW: + 27 465 Anträge =
+ 76,7 %

- Anstieg der asylgerichtlichen Eingänge: + 4 473 Verfahren = + 29,4 %
- Anstieg der nicht erledigten Verfahren 1. Instanz: + 2 620 Verfahren = + 18,4 %.

2. Sachtitel - Anlage 2 -

Zu Antrag lfd. Nr. 1

Die gekürzten Mittel sollen zur teilweisen Deckung des erhöhten Ansatzes in Titel 684 10 eingesetzt werden.
(Antrag lfd. Nr. 2)

Zu Antrag lfd. Nr. 2

Die Ansatzerhöhung wurde vorgeschlagen zur Deckung der gestiegenen Personal- und Sachkosten bei den bestehenden vier zentralen Beratungsstellen für Straftlassene.

Zu Antrag lfd. Nr. 3

Zur Begründung wurde ausgeführt:

1990 reichten die für Fortbildung von Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern eingesetzten Mittel gerade aus, um 100 Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer die Teilnahme an einer Tagung in der Justizakademie Recklinghausen und weiteren 30 neu eingestellten Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern die Teilnahme an einem Einführungsseminar zu ermöglichen. Angesichts einer Fülle sich ständig neu formierender Problemlagen (z. B. im Drogenbereich, AIDS, Wohnungsnot, Überschuldung etc.) bleiben BewährungshelferInnen auf private Initiative angewiesen, um "auf dem laufenden" zu bleiben. Im Interesse des Resozialisierungsanliegens sollen die Fortbildungsmöglichkeiten deutlich ausgebaut werden.

Zu Antrag lfd. Nr. 4

Die Ansatzminderung bei den Mitteln für die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Angehörigen des Strafvollzuges, dient als Deckung für die Anträge teilweise lfd. Nr. 2 und lfd. Nr. 6. Auch nach Ansicht der Fraktion DIE GRÜNEN bedarf es keines weiteren regierungsamtlichen Verlautsorgungsorgans. Sie unterstützte ausdrücklich das Anliegen der antragstellenden SPD-Fraktion und erklärte einen deckungsgleichen eigenen Antrag für erledigt.

Zu Antrag lfd. Nr. 5 und 6

Die Aufstockung der Mittel soll nach dem Willen der Fraktionen von SPD und CDU die Arbeit des Modellprojekts "Die Waage - Köln, Verein zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs e.V." in Köln sichern.

Zu Antrag lfd. Nr. 8

Zur Begründung führte der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN aus:

Die Versorgung der Gefangenen im Bereich der Hygiene ist vielfach als entwürdigend zu bezeichnen. So wird Gefangenen selbst die Benutzung gebrauchter anstaltseigener Unterwäsche zugemutet. Solange das Recht auf Tragen eigener Kleidung innerhalb der Justizvollzugsanstalten nicht durchgesetzt ist, soll mit einer Erhöhung der Ausgaben für Neuanschaffungen von Bekleidung und Wäsche wenigstens ein kleiner Schritt in Richtung mehr Menschenwürde getan werden. Auch die Verdoppelung der Ausgaben für Körperpflege- und Reinigungsmittel soll diesem Ziel dienen.

Zu Antrag lfd. Nr. 9

Als Begründung für die Ansatzserhöhung wurde ausgeführt:

Die speziell für Frauen im Vollzug zugeschnittenen Bildungsangebote beschränken sich fast ausschließlich auf traditionelle Frauenberufe (Hauswirtschaft, Damenschneiderin, Phonotypistin etc.). Die Erhöhung soll ein modernes Bildungsangebot gewährleisten, worin einseitige Festlegungen auf ein antiquiertes Rollenbild aufgehoben werden.

In der Sitzung am 6. März führte der Sprecher der CDU aus, daß seine Fraktion grundsätzlich alle durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers sich ergebenden Verschlechterungen ablehne. Man habe deshalb solchen Änderungsanträgen zugestimmt, wo durch Antrag der SPD-Fraktion die Verschlechterungen rückgängig gemacht wurden. Die CDU-Fraktion sei im übrigen gegen eine Stellenbesetzungssperre und den Beförderungsstopp, weil insbesondere die Vollzugsbediensteten durch solche Maßnahmen besonders hart betroffen würden. Vor allem bestehe die Gefahr, daß in der Bevölkerung sich der Eindruck verstärken könnte, der öffentliche Dienst sei überbesetzt.

Der Sprecher der F.D.P. lobte den Versuch der Einigungen zwischen den Fraktionen. Leider habe seine Fraktion nicht ausreichend Zeit gehabt sowohl die Gesamtkonzeption als auch die Änderungsanträge ausreichend zu beraten. Eine inhaltliche detaillierte Bewertung sei zum jetzigen Zeitpunkt kaum möglich.

Die SPD-Fraktion brachte durch ihren Sprecher die Ursprungszwänge zur Änderung des Haushaltsplans noch einmal in die Diskussion ein.

Die Besetzungssperre sei auch dadurch bedingt, daß einerseits 40 % des Haushaltsvolumens die Personalkosten ausmachen und andererseits 1,4 Milliarden DM hätten eingespart werden müssen. Man sei froh, in der Fraktion zusätzliches Personal für die Asylgerichte und die Umsetzung des Drogenprogramms erstritten zu haben.

Der Justizminister wies darauf hin, daß trotz Sperre 1 600 Beförderungen (Nachschlüsselung) bei den Vollzugsbediensteten in 1991 vollzogen werden könnten.

Einstimmig faßte der Rechtsausschuß darüber hinaus auf Antrag der SPD-Fraktion nachfolgenden Beschluß:

- "1. Der Rechtsausschuß nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß immer noch in zwei wichtigen Bereichen der Gerichtsbarkeit, der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit, keine überprüfbaren Maßstäbe für Personal in Form eines Pensen-Schlüssels vorhanden sind.
2. Der Rechtsausschuß fordert den Finanzminister auf, mittels eines effizienteren, der genauen Sachverhaltsermittlung dienenden Einsatzes der Leiter der Rechtsbehelfsstellen der Finanzämter, die durchweg die Befähigung zum Richteramt haben, für eine zügigere Erledigung der Rechtsbehelfe zu sorgen, so daß auch die Finanzgerichte dadurch entlastet werden."

Schreiber
Vorsitzender

Änderungsanträge der Fraktionen
im Rechtsausschuß
zum Einzelplan 04

Anlage 1
zu Vorlage 11/406

- Personaltitel -

Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<u>Kapitel 04 040 Titel 422 10</u> 35 zusätzliche Stellen verschiedener Wertigkeit (zu den Stellen im einzelnen siehe Anlage 3)	angenommen mit den Stimmen von SPD und CDU gegen DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung F.D.P.
2	CDU	<u>Kapitel 04 040 Titel 422 10</u> Erhöhung des Ansatzes von 948 955 000 auf 951 456 000 50 zusätzliche Stellen Bewährungshilfe, Sozialinspektoren z.A.	abgelehnt mit den Stimmen von SPD gegen die CDU und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der F.D.P.
3	SPD	<u>Kapitel 04 040 Titel 422 20</u> 20 zusätzliche Anwärterstellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	angenommen einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.
4	SPD	<u>Kapitel 04 070 Titel 422 10 und 425 10</u> 37 zusätzliche Stellen verschiedener Wertigkeit für die Verwaltungsgerichtsbarkeit (zu den Stellen im einzelnen s. Anlage 3)	angenommen einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.

Änderungsanträge der Fraktionen
im Rechtsausschuß
zum Einzelplan 04

Anlage 2
zu Vorlage 11/406

- Sachtitel -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<p><u>Kapitel 04 020 Titel 526 10</u></p> <p>Kürzung des Ansatzes um 70 000 DM auf 750 000 DM und der Verpflichtungsermächtigung um 100 000 auf 750 000 DM</p>	angenommen einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.
2	SPD	<p><u>Kapitel 04 040 Titel 684 10</u></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 100 000 DM auf 1 100 000 DM</p>	angenommen einstimmig bei Enthaltung CDU und F.D.P.
3	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 04 040 Titel 525 60</u></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um 120 000 DM auf 180 000 DM</p> <p>Änderung in den Erläuterungen: 2. Kosten für Fortbildung 144 000 DM</p>	abgelehnt mit den Stimmen der SPD und einigen Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. und einigen Stimmen der CDU gegen DIE GRÜNEN
4	SPD	<p><u>Kapitel 04 050 Titel 512 10</u></p> <p>Ansatzminderung um 60 000 auf 200 000</p>	angenommen einstimmig bei einigen Enthaltungen

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<u>Kapitel 04 050 Titel 684 10</u> Erhöhung der Mittel um 50 000 DM auf 257 000 DM	abgelehnt mit den Stimmen von SPD gegen CDU bei Enthaltung von F.D.P. und DIE GRÜNEN
6	SPD	<u>Kapitel 04 050 Titel 684 10</u> Erhöhung der Mittel um 40 000 DM auf 247 000 DM	angenommen einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.
7	DIE GRÜNEN	<u>Kapitel 04 050 Titel 812 10</u> Kürzung des Ansatzes um 235 000 DM auf 4 041 200 DM In den Erläuterungen entfällt: 4. Beschaffung von Röntgengepäckprüfanlagen und 85 000 DM 8. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Alarmierungssystemen 150 000 DM	abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU gegen DIE GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	DIE GRÜNEN	Kapitel 04 050 Titel 515 60 Der Ansatz wird auf erhöht 13 800 000 DM In die Erläuterungen wird aufgenommen: Zur Minimalversorgung im Hygienebereich 1. Bekleidung, Wäsche (einschl. Reinigung und Instandsetzung) 11 400 000 DM 2. sonstige Ausstattungs- gegenstände 400 000 DM 3. Körperpflege- und Rei- nigungsmittel 2 000 000 DM Zusammen 13 800 000 DM	abgelehnt mit den Stimmen von SPD gegen DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU und F.D.P.
9	DIE GRÜNEN	Kapitel 04 050 Titel 547 80 Der Ansatz wird um auf erhöht 100 000 DM 4 500 000 DM In die Erläuterungen wird aufgenommen: Mittel in Höhe von 0,1 Mio. DM werden zweck- gebunden zur Erweiterung des Berufsbildungs- angebots für weibliche Gefangene verwendet. Diese Erläuterungen sind verbindlich.	abgelehnt mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen DIE GRÜNEN bei Stim- menthaltung F.D.P.

Stellen der BesGr./VergGr.	Bezeichnung der Stellen	bisherige Stellenzahl nach Haushaltsentwurf 1991	weniger nach Erg.Vorl. des Finanzministers	Rechtsausschuß
<u>In Kapitel</u>				
<u>04 040</u>				
R 2	Vorsitzender Richter am Landgericht	435	- 2	+ 2
R 2	Oberstaatsanwalt - ohne Besoldungsaufwand -	9	- 1	+ 1
R 1	Richter am Amts- oder Landgericht	2.320	- 7	+ 7
R 1	Richter auf Probe	166	- 5	+ 5
A 13	Regierungsräte z.A.	8	- 3	+ 3
IVb/Vb	Buchhalter für die Dezernate für Wirtschaftsstrafsachen (Dienststart 05)	79	- 3	+ 3
VIIb	Büro-, Registratur- und Kassendienst (Dienststart 01)	558	- 2	+ 2
VII/VIII	Vorzimmer- und Schreibdienst (Dienststart 02)	3.888	- 5	+ 5
Veränderungen im Kapitel 04 040 insgesamt			- 28	+ 28

Stellen der BesGr./VergGr.	Bezeichnung der Stellen	bisherige Stellenzahl nach Haushaltsentwurf 1991	weniger nach Erg.Vorl. des Finanzministers	Rechtsausschuß
<u>in Kapitel</u>				
<u>04 050</u>				
A 9	Sozialinspektoren z.A.	11	- 2	+ 2
VIIb/VII	Allgemeiner Vollzugsdienst (Dienstort 06)	384	- 5	+ 5
Veränderungen im Kapitel 04 050 insgesamt				
			- 7	+ 7
Gesamtveränderung			- 35	+ 35

Stellen der BesGr./VergGr.	Bezeichnung der Stellen	bisherige Stellenzahl nach Haushaltsentwurf 1991	weniger nach Erg.Vorl. des Finanzministers	Rechtsausschuß
R 3	Vorsitzender Richter am Obergericht	24	- 1	+ 1
R 2	Richter am Obergericht	73	- 3	+ 3
R 2	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht	78	- 4	+ 4
R 1	Richter am Verwaltungsgericht	263	- 12	+ 12
A 4	Justizhauptwachmeister	4	- 1	+ 1
A 3	Justizoberwachmeister	1	- 1	+ 1
A 5	Regierungsassistent z.A.	3	- 3	+ 3
VI b	Büro-, Registratur- und Kassendienst (Dienststart 01)	78	- 2	+ 2
VII/VIII	Vorzimmer- und Schreibdienst (Dienststart 02)	207	- 10	+ 10
Veränderung insgesamt				+ 37

Finanzministerium

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags

des Landes Nordrhein - Westfalen

B/11

- Anlage zu Vorlage 11/406 -

Anderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1991

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

B/v

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
04 020	Allgemeine Bewilligungen			
526 10	Kosten der Erfassung und Erforschung von Rechts- tatsachen	820.000	- 70.000	750.000
	Verpfl.-erm. 1991: <u>750.000 DM</u>			
04 040	Gerichte und Staatsanwaltschaften			
684 10	Zuwendungen an Dritte für zentrale Beratungsstellen für Straftatlassene	1.000.000	+ 100.000	1.100.000
04 050	Justizvollzugseinrichtungen			
512 10	Bücher und Zeitschriften	260.000	- 60.000	200.000
684 10	Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katho- lischer Männer e.V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiter- wohlfahrt Bezirk Niederrhein e.V. und an den Deut- schen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein - Westfalen e.V. und sonstige	207.000	+ 40.000	247.000

Einzelplan 04: Justizministerium

8/3

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	Abschluß Einzelplan 04:			
	Einnahmen	1.142.903.400	--	1.142.903.400
	Ausgaben	3.088.386.400	+ 10.000	3.088.396.400
	Verpflichtungsermächtigungen	164.803.000	- 100.000	164.703.000